

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan Telefon (075) 232 42 42 Fax Redaktion (075) 232 29 12 Fax Inserate (075) 232 95 46 Amtliches Publikationsorgan 90 Rp.

AKTUELL

Vermittlerwahlen finden am 19./21. Mai statt

(pafl) – Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 14. Februar den Terminplan für die Vermittlerwahlen sowie den Wortlaut der amtlichen Kundmachungen genehmigt. Die Vermittlerwahlen werden auf das Wochenende des 19./21. Mai 1995 festgesetzt. Die amtlichen Kundmachungen, die im Februar/März veröffentlicht werden, betreffen das Einreichen von Wahlvorschlägen, die Auflage der Stimmregister und die Anmeldefrist für die erleichterte Stimmabgabe.

Autoverkäufe im Januar um 15,6 % gestiegen

Die Autoverkäufe sind im Januar 1995 in der Schweiz und in Liechtenstein im Vergleich zum Vorjahresmonat um 15,6 Prozent gestiegen. Insgesamt wurden 24 639 neue Personenkraftwagen immatrikuliert, wie die Vereinigung Schweizerischer Automobilimporteure (VSAI) am Mittwoch mitteilte. Am meisten Neuwagen setzten wiederum die deutschen Produzenten ab. Sie verkauften insgesamt 11 688 Wagen, das sind 18,3 Prozent mehr als im Januar 1994. Die japanischen Hersteller verkauften 4861 Fahrzeuge (+ 4,0 Prozent), und die französischen Produzenten setzten 3792 Fahrzeuge ab (+ 4,5 Prozent). Neuwagen italienischer Herkunft wurden 1852 Mal abgesetzt (+ 64,2 Prozent). Schwedische Fahrzeuge wurden 677 Mal verkauft, was einem Zuwachs um 22,4 Prozent entspricht. Produkte aus Korea verzeichneten schliesslich einen Zuwachs um 151,3 Prozent auf 377 Wagen. Die englischen Marken legten um 134,7 Prozent auf 338 Wagen zu, wie die VSAI gestützt auf die Fahrzeugkontrolle schreibt.

Zweite Plenumsrunde zum Personenverkehr

Brüssel/Bern (AP) An der zweiten Plenumsrunde zum Dossier Personenverkehr hat die Schweiz am Mittwoch in Brüssel dargelegt, wo sie zu liberalen Schritten bereit ist. Die EU-Delegation nahm die Vorschläge zu Saisonierstatut, sozialer Sicherheit und Diplomen in gutem Klima entgegen, wie die Schweizer Mission erklärte. Die nächste Plenumsitzung ist am 22. März geplant. Die Schweizer Delegation unter Leitung von Biga-Vizedirektor Dieter Grossen habe im wesentlichen die Vorschläge unterbreitet, wie sie nach der ersten Runde vom 19. Januar in Untergruppen vorbereitet worden seien, sagte der Pressesprecher der Schweizer Mission, Thomas Kupfer.

Mit EWR-Nein würden wir die Isolationspolitik wählen

Fürst Hans-Adam II. eröffnete Landtag für die Sessionsperiode 1995 – Otmar Hasler (FBP) löst Paul Kindle (VU) als Landtagspräsident ab

(G.M.) – Fürst Hans-Adam II. eröffnete am Mittwoch vormittag den Landtag für die Sessionsperiode 1995. In seiner Thronrede befasste er sich ausschliesslich mit der Aussenpolitik des Fürstentums Liechtenstein und warnte vor der zweiten EWR-Abstimmung vor einer Isolationspolitik: «Nur ein Ja zum EWR und zur Lösungsplattform mit der Schweiz sichert uns für die Zukunft eine enge Partnerschaft mit der Schweiz».

Nach der Messe in der Pfarrkirche in Vaduz und der Ansprache von Dekan Franz Näscher trafen sich die Abgeordneten im alten Landtagssaal, wo Fürst Hans-Adam II. seine Thronrede hielt und den Landtag offiziell für dieses Jahr eröffnete. Im Anschluss an die Ansprache von Alterspräsident Paul Kindle fanden die Bürowahlen mit der Bestellung des Landtagspräsidiums, der beiden Schriftführer, der Geschäftsprüfungskommission, der Aussenpolitischen und der Finanzkommission statt.

Otmar Hasler (FBP) wurde Landtagspräsident

Eine Neuerung ergab sich mit dem im vergangenen Jahr beschlossenen Wechsel im Landtagspräsidium. Der bisherige Vizepräsident des Landtags, Otmar Hasler (FBP), wurde einhellig zum Präsidenten für dieses Jahr gewählt, während der bisherige Präsident Paul Kindle (VU) das Amt des Vizepräsidenten ausüben wird. Wie das Präsidium der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) im Verlaufe des gestrigen Tages mitteilte, ersuchte der neugewählte Landtagspräsident Otmar Hasler das FBP-Präsidium um seinen vorzeitigen Rücktritt, um mögliche Interessenskollisionen zwischen dem Amt des Landtagspräsidenten und des Parteipräsidenten zu vermeiden.

EWR-Beitritt als Thema der Thronrede

Fürst Hans-Adam II. widmete seine Thronrede praktisch ausschliesslich dem bevorstehenden EWR-Beitritt Liechtensteins. Die zwischen dem Fürstentum Liechtenstein sowie der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft getroffene Vereinbarung, wonach Liechtenstein nach einem EWR-Beitritt die Regionalunion mit der Schweiz aufrechterhalten kann, bezeichnete er als einen «sehr schönen Verhandlungserfolg». In diesem Zusammenhang richtete der Landesfürst einen Dank an die Schweiz und an Brüssel für das dort vorgefundene Verständnis gegenüber den spezifischen liechtensteinischen Problemen. In einer Rückschau gab er zu verstehen, dass er von Anfang an überzeugt gewesen sei, mit



Fürst Hans-Adam II. widmete seine diesjährige Thronrede praktisch ausschliesslich dem EWR-Beitritt Liechtensteins. Er warnte vor einem Weg in die Isolation, den er gekommen sieht, wenn Liechtenstein den EWR-Vertrag und die Lösungsplattform mit der Schweiz bei der Abstimmung am 9. April 1995 ablehnt. (Bild: Beat Schurte)

der Schweiz eine Lösungsplattform zu finden, welche für Liechtenstein die EWR-Mitgliedschaft und die Beibehaltung der offenen Grenze zur Schweiz ermöglicht. Nicht zu hoffen gewagt habe er hingegen, dass «wir in Brüssel beim Personenverkehr jetzt schon eine Lösung erzielen, die den liechtensteinischen Verhältnissen so entgegenkommt».

Warnung vor einer Isolation Liechtensteins

Im Hinblick auf die zweite EWR-Volksabstimmung am 9. April warnte Fürst Hans-Adam II. vor einem Schritt in die Isolation. Man dürfe sich keinen Illusionen hingeben, ein Nein zum EWR und ein Nein zur Lösungsplattform isoliere Liechtenstein nicht nur von Europa, sondern auch von der Schweiz. Ausführlich ging das Staatsoberhaupt auch auf die europapolitischen Optionen der Schweiz ein, die wesentlichen Einfluss auf das Fürstentum Liechtenstein ausübten. Er äusserte Skepsis gegenüber einem umfassenden bilateralen Abkommen Schweiz – EU und gegenüber einer EWR-Mitgliedschaft der Schweiz und bezeichnete eine EU-Isolation als wenig wahrscheinlich. Damit und vor dem Hin-

tergrund von Meinungsumfragen müsse Liechtenstein realistisch davon ausgehen, dass sich der Bundesrat mit seiner Integrationspolitik, die von einem EU-Beitritt ausgeht, in absehbarer Zeit durchsetzen werde.

Keine bessere Alternative für Liechtenstein

Fürst Hans-Adam II. machte wie vor der ersten EWR-Abstimmung 1992 ohne Umschweife klar, dass es keine bessere Alternative zur getroffenen Vereinbarung mit der Schweiz und dem EWR gebe. Um der liechtensteinischen Aussenpolitik für die Zukunft eine feste Grundlage zu geben, sei eine Zustimmung zum EWR-Abkommen und zur Lösungsplattform mit der Schweiz unumgänglich. «Wer heute nein sagt zur Lösungsplattform und zum EWR», führte der Landesfürst wörtlich aus, «sagt mit hoher Wahrscheinlichkeit nein zur weiteren Partnerschaft mit der Schweiz und ja zu einer Isolationspolitik ohne die Schweiz». Liechtenstein braucht nach seiner Überzeugung die Vereinbarung mit der Schweiz und das Abkommen mit der EU, um sich nicht von der Schweiz zu isolieren. In besonderem Masse gilt diese

Überlegung nach seiner Auffassung, wenn die Schweiz der EU beitrifft: Wenn in diesem Fall der Zollvertrag Liechtenstein – Schweiz aufgelöst werden müsse, so könne Liechtenstein über eine EWR-Mitgliedschaft mit der Schweiz weiterhin verbunden bleiben.

Ansprache des Alterspräsidenten

Auch Alterspräsident Paul Kindle befasste sich in seiner Ansprache mit dem EWR-Beitritt und gab zu verstehen, dass für ihn die Entscheidung leichter geworden sei, ihm doch der bisherige Zustand lieber gewesen wäre. «Aber weil wir das wohl nicht auf die Dauer weiter durchziehen können», meinte er weiter, «scheint mir der EWR noch die beste Möglichkeit von allen, die wir realistisch erwarten können». In Anspielung auf die Zugeständnisse der EU aufgrund des «ländlichen Charakters Liechtensteins» wies der Alterspräsident auf den «dringenden Handlungsbedarf» hinsichtlich der Raumplanung in unserem Land hin.

Als weiteres Thema sprach der Alterspräsident die Parlamentsreform an. Nach seiner Ansicht kann es bei dieser Reformarbeit nur darum gehen, dass der Landtag seine verfassungsmässigen Aufgaben noch besser wahrnehmen kann und die Bürde für die Abgeordneten auch tragbar bleiben.

Eschner Gemeinderatsergebnis bestätigt

Der Staatsgerichtshof ist gemäss Urteilsspruch auch für Wahlbeschwerden auf Gemeindeebene zuständig

(s.e.) – Die Würfel um die endgültige Mandatsverteilung im Gemeinderat von Eschen sind gefallen: Der Staatsgerichtshof hat gestern im Rahmen einer öffentlichen Sitzung der Wahlbeschwerde der FBP-Ortsgruppe Eschen keine Folge geleistet und somit das Ergebnis der Gemeinderatswahlen vom 27. resp. 29. Januar 1995 bestätigt. Einen Teilerfolg können die Beschwerdeführer zumindest dahingehend verbuchen, dass nun endgültig feststeht, dass der Staatsgerichtshof als Wahlgerichtshof auch für Wahlbeschwerden in Gemeindeangelegenheiten zuständig ist. Genaueres wird man der schriftlichen Urteilsbegründung entnehmen können, die zu einem späteren Zeitpunkt folgen wird.

Die Eschner Wahlbeschwerde wurde von der Ortsgruppe der Fortschrittlichen Bürgerpartei eingebracht und von der Regierung gemäss den Bestimmungen des Volksrechtgesetzes an den Staatsgerichtshof weitergeleitet. Nachdem die oberste Gerichtsstanz bereits am 6. Fe-

bruar 1995 beschlossen hat, auf die Wahlbeschwerde einzutreten, fand nun gestern nachmittag die öffentliche Schlussverhandlung in dieser Angelegenheit statt.

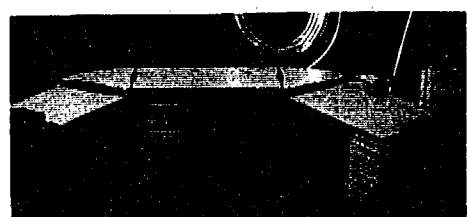
Die gestrige Sitzung des Senats stiess auf reges öffentliches Interesse und dauerte einschliesslich Beratung des Gerichts knapp zwei Stunden. In Anknüpfung an die nicht-öffentliche Sitzung sagte der Präsident des Staatsgerichtshofes, lic. iur. Harry Gstöhl, dass das Verfassungsgericht bereits in der ersten Sitzung seine Zuständigkeit als Wahlgerichtshof ebenfalls für Wahlbeschwerden in Gemeindeangelegenheiten erkannt habe. Mit dem Urteilsspruch untermauerte der Staatsgerichtshof – obwohl diesbezüglich weder das Gemeindegesetz noch das Volksrechtgesetz eine Regelung enthält – seine Zuständigkeit und schloss mit diesem Grundsatzentscheid eine wichtige Lücke im Volksrechtbereich. Die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes als letztinstanzliche Entscheidungsbehörde in Wahlangelegenheiten auf Gemeinde-

ebene wurde von der Gegenseite in ihren Gegenäusserungen zur Wahlbeschwerde der FBP in Frage gestellt. Die VU-Ortsgruppe Eschen hatte beantragt, dass die Wahlbeschwerde von der Regierung als Aufsichtsinstanz zu behandeln sei.

Der Wahlbeschwerde selbst leistete der Staatsgerichtshof keine Folge und bestätigte im Urteil das Endergebnis der Gemeinderatswahlen von Eschen. Strittiger Punkt war ein mit einem «X» gekennzeichnete Stimmzettel, der von der Wahlkommission als gültig, von den Beschwerdeführern als ungültig betrachtet wurde.

Genaueres darüber wird man der schriftlichen Urteilsbegründung entnehmen können. Die VU verfügt damit über acht Sitze (einschliesslich Vorsteher), und die FBP ist mit fünf Mandatären im Gemeinderat vertreten. Vorsteher Günther Wohlwend und sein Stellvertreter sollen bereits heute nachmittag zusammen mit der kürzlich gewählten Schaaner Vizevorsteherin Doris Frommelt vereidigt werden.

STILO-COM
modern office



STILO-com, das neue modern office Programm:
com = compact, combinierbar, communicativ.
Alles Faktoren, die den Erfolg wirtschaftlicher Arbeit bestätigen.
Lassen Sie sich durch einen Besuch bei uns überzeugen.

THONY
office
FL-9494 Schaan
Bahnhofstrasse 16
Tel. 075/232 44 22